



# MASTERPLAN DER BAYERISCHEN ASYLHELFER\*INNEN

Die bayerischen Asylhelfer\*innen veröffentlichen ihren eigenen Masterplan. Wir zeigen hier Wege auf, wie eine menschenwürdige und geordnete Asylpolitik gelingen kann – gestützt auf unsere Erfahrungen, die wir seit vielen Jahren tagtäglich vor Ort in der Asylarbeit machen.

Inklusive der „60 Forderungen zur Landtagswahl – für eine bayerische Asylpolitik mit Zukunft und Anstand“

# Inhalt

\*Die aufgenommenen 60 Forderungen zur Landtagswahl sind in der Reihenfolge geändert

---

<b>Zusammenhalt unserer Gesellschaft bewahren, Menschenwürde schützen .....</b>	<b>2</b>
Identitäts- und Ordnungsbedürfnis von Menschen ernstnehmen.....	2
Die politische Sprache zügeln (Forderung 38) .....	2
Rassismus benennen und politisch motivierte Gewalt verfolgen (Forderung 36).....	3
Ein positives Integrationsklima für Wertediskurse schaffen.....	3
Verschiedene Gesellschaftsgruppen in den Integrationsprozess einbinden – auch innerhalb der migrantischen Milieus (Forderung 40) .....	4
Aus verschiedenen Bevölkerungsteilen eine Schlichtungskommission für Flüchtlingsfragen einsetzen.....	5
Menschenwürde als den Kern unserer Verfassung und Gesellschaft schützen.....	5
Herausgeberschaft.....	6

# Zusammenhalt unserer Gesellschaft bewahren, Menschenwürde schützen

---

## Identitäts- und Ordnungsbedürfnis von Menschen ernstnehmen

Studien zeigen, dass Wähler\*innen, die bei der letzten Bundestagswahl AfD gewählt haben, wirtschaftlich weit weniger abgehängt sind, als oft angenommen wird. [Gewichtigere Gründe für ihre Wahl](#) scheinen eher eine langfristige Abstiegsangst, mangelnde soziale Anerkennung oder ein empfundener Identitätsverlust zu sein. Auch der Brexit zeigt: Wirtschaftliche Einbußen werden von vielen Menschen bewusst in Kauf genommen, um eine „eigene Identität“ zu schützen. Ein solches Identitätsbedürfnis des Menschen kann man beklagen oder nicht, aber es lässt sich keine Politik an diesem Identitätsbedürfnis vorbei gestalten. Wirtschaftliche Faktoren bemerken Menschen auf die lange Sicht, Identitätsfaktoren unmittelbar. Eine gute Politik sollte beide Faktoren im Blick behalten. Eine zerstrittene Regierung ist ein Symbol der Unordnung, das verunsichert, genauso wie die übertriebene Rede von „offenen Grenzen“. Identitätsfragen werden auf einer sehr emotionalen, symbolischen Ebene geklärt. Durch bloßes Aufzählen von wirtschaftlichen Statistiken werden sie nicht beantwortet. Stärker als bisher sollten wir beachten, dass Menschen für verschiedene Arten von Sprachen empfänglich sind. Jede Sprache hat ihren passenden Zeitpunkt. „Mehr Abschiebung“ oder „Grenzen dichtmachen“ vermitteln ein trügerisches Gefühl von Sicherheit für die eigene Identität und versprechen Antworten, die sie nicht einhalten können. In ihrer Umsetzung verursachen sie viel Leid bei betroffenen Menschen. Sie dürfen nicht die einzigen Antworten auf ein deutsches und europäisches Sicherheitsbedürfnis sein. Wir brauchen integrative Symbole, die identitätsstiftend wirken und ein Ordnungsgefühl vermitteln.

## Die politische Sprache zügeln (Forderung 38)

Worte wie „Anti-Abschiebe-Industrie“, „Asyltourismus“, „Asylgehalt“ etc. sind sachlich falsch und stiften Unfrieden. Wem die Wahrung der rechtsstaatlichen Ordnung ein Anliegen ist, sollte nicht die anwaltliche Unterstützung diffamieren, mit der Asylsuchende vor Gericht Widerspruch gegen einen negativen Asylbescheid einlegen können. Anwälte und Asylhelfer\*innen verfolgen kein wirtschaftliches Interesse, wenn sie Asylsuchende bei der Wahrung ihrer Rechte unterstützen. Ebenso klar sollte sein, dass zwischen Asylsuche und Tourismus ein grundlegender Unterschied besteht, und dass Asylbewerber\*innen kein Gehalt bekommen. „Anti-Abschiebe-Industrie“ erinnert an den AfD-Begriff „Asylindustrie“, „Asyltourismus“ wurde als Wort in den 90ern vor allem von der NPD verwendet. Demokratische Parteien sollten solche oder ähnliche Begriffe nicht verwenden. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist ein hohes Gut und Grundlage für das Gelingen zentraler gesellschaftlicher Prozesse. Wir sollten ihn nicht durch eine ausgrenzende Sprache gefährden.

## Rassismus benennen und politisch motivierte Gewalt verfolgen (Forderung 36)

Ausschreitungen wie die im August 2018 in Chemnitz zeigen deutlich, wie aufgeheizt die politische Stimmung in Teilen Deutschlands inzwischen ist. Zunächst unbestätigte Berichte über ein Tötungsdelikt durch Flüchtlinge führten zu Angriffen auf Menschen mit nichtweißer Hautfarbe, zu Angriffen auf ein jüdisches Restaurant. Vor Augen und Ohren einer überforderten Polizei wurden offen rechtsradikale Parolen gerufen und Hitlergrüße gezeigt. Die öffentliche Ordnung des Rechtsstaates darf nicht derart angegriffen werden, Gewalt gegen Presse und Angehörige von Minderheiten, sowie alle Formen von Selbstjustiz müssen konsequent unterbunden werden. Offen rechtsextreme Demonstrationen gab es allerdings nicht nur in Chemnitz und Köthen, sondern auch in Dortmund und Kandel. Zurecht wird deshalb davor gewarnt, Rechtsextremismus zu einem ostdeutschen Problem zu machen und die mediale Aufmerksamkeit allein auf Regionen wie Chemnitz zu richten. Rechtsextreme Gewalt hat auch in Bayern deutlich zugenommen. 2017 wurden alleine 94 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und 113 rechtsextremistisch motivierte Angriffe gegen Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer\*innen registriert. Die polizeiliche Aufklärungsquote bei rechter Gewalt gegen Flüchtlinge liegt dabei deutlich unter der allgemeinen Aufklärungsquote. Außerdem berichten viele Flüchtlinge von rassistischem Verhalten im Alltag, in den Unterkünften und bei Behördengängen. Gleichermäßen gibt es unter den Geflüchteten selbst rassistische Vorurteile und Übergriffe. Für Personen, die regelmäßig mit Geflüchteten arbeiten, müssen daher Schulungen zum Thema Rassismus verpflichtend sein. Geflüchtete sollten außerdem bald nach ihrer Ankunft für rassistisches und verletzendes Verhalten sensibilisiert und Fehlverhalten konsequent geahndet werden. Sobald rassistisches Verhalten die Strafbarkeitsschwelle überschreitet, müssen die Ermittlungsbehörden konsequent ermitteln. Daneben sollten jedoch auch strukturelle Faktoren nicht außer Acht gelassen werden. Ostbeauftragter Christian Hirte hat zwar recht: Die [Stigmatisierung ganzer Regionen](#) hilft keinem weiter. Wo rechtsextreme Strukturen jedoch strukturell begünstigt werden (etwa durch eine vernachlässigte Jugendarbeit, eine Verharmlosung in Regional- und Landespolitik, Unterwanderung von polizeilichen Strukturen und durch Fehler in der Sozialpolitik), müssen diese auch strukturell angegangen werden.

## Ein positives Integrationsklima für Wertediskurse schaffen

Beständig steigende Vorgaben und eine sinkende gesellschaftliche Aufnahmebereitschaft erhöhen bei Flüchtlingen verständlicherweise nicht die Bereitschaft, sich in einen Wertediskurs über empfindliche Themen zu begeben. Der Integrationsprozess und das Sprechen über die mit ihm verknüpfte Werthaltungen brauchen einen Raum des Vertrauens. Auch von Staat und Gesellschaft müssen hierfür die Rahmenbedingungen geschaffen sein. Zuallererst müssen Programme gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, Förderung von Begegnung und interkulturellem sowie interreligiösem Austausch dauerhaft stattfinden und weiter gefördert werden. Längerfristig brauchen geflüchtete Menschen genauso wie andere Migrant\*innen ein gesellschaftliches Klima der Akzeptanz und Wertschätzung von Migration und Vielfalt. Sie brauchen Strukturen und Institutionen, die in der Lage sind, sich weiterzuentwickeln, Anforderungen der Migration und damit Inklusion von unterschiedlichen Menschen gerecht zu werden. Die interkulturelle Öffnung

öffentlicher Verwaltung gehören ebenso hierzu, wie die Befähigung der Schulen und Bildungseinrichtungen, mit Diversität umgehen und individueller fördern zu können. Zentral für die Zukunft ist ein Schulsystem, in dem nicht Einkommen und Bildungsstand der Eltern den Bildungserfolg bestimmen, und das nicht blind ist gegenüber kultureller Vielfalt und Mehrsprachigkeit der Schülerschaft. Auch die Weiterentwicklung demokratischer Partizipationsrechte und -möglichkeiten sind wichtig, wenn wir die Herausforderung Integration nachhaltig meistern wollen.

## Verschiedene Gesellschaftsgruppen in den Integrationsprozess einbinden – auch innerhalb der migran-tischen Milieus (Forderung 40)

Der SVR-Integrationsbarometer 2018 zeigt, dass das Integrationsklima in Deutschland nach wie vor mehrheitlich positiv beurteilt wird – eine erfreuliche Nachricht. Dass Deutschland heute im internationalen Vergleich ein sehr reiches und sicheres Land ist, ist das Ergebnis vieler Faktoren und Leistung sehr vieler unterschiedlicher Menschen. Wir sollten diese vielfältigen Leistungen würdigen und dankbar dafür sein, dass wir in einem Land leben dürfen, aus dem niemand fliehen muss. Dagegen betrachten wir mit Sorge, dass die Polarisierung in der Gesellschaft zunimmt und es Bemühungen gibt, bestimmte Bevölkerungsteile von dem „Wir“ der Gesellschaft auszuschließen. Dies

**„DAS ZUSAMMENLEBEN IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT WIRD ÜBERWIEGEND POSITIV WAHRGENOMMEN. DIESE BEWERTUNG IST ERSTAUNLICH STABIL – SOFERN KULTURELLE VIELFALT IM ALLTAG ERFAHREN WIRD.“ –**

Link: [SVR-Integrationsbarometer 2018 \(PDF\)](#)

betrifft nicht nur das Verhältnis der nicht-migran-tischen Mehrheitsgesellschaft gegenüber migran-tischen Communitys. Der SVR-Integrationsbarometer zeigt wie viele andere Studien auch: Die Konfliktlinien ziehen sich auch mitten durch migran-tische Milieus. All diese Entwicklungen gehen längst über konkrete Asylfragen hinaus. Die entscheidende Frage ist: Sind die verschiedenen Teile der Gesellschaft noch bereit, miteinander zu sprechen, oder sprechen sie nur übereinander? Sind wir bereit Argumente Anderer anzuhören, wenn es um gesellschaftliche Zukunftsfragen geht? Eine kulturell so vielfältige Gesellschaft wie Deutschland ist kein Selbstläufer. Wir brauchen mehr Räume, wo Menschen in konstruktiver Weise miteinander sprechen können, die nicht derselben Meinung sind. Solche Räume zu schaffen, ist eine der schwierigsten gesellschaftlichen Herausforderungen, und zugleich eine der wichtigsten. Wir brauchen mehr (bezahlte) Moderator\*innen, die im Falle von Kulturkonflikten vermitteln (ausdrücklich auch zwischen Deutschen und Deutschen sowie Nichtdeutschen und Nichtdeutschen). Integration ist ein Prozess, der sich auf alle Gesellschaftsgruppen erstreckt, und kann nur als gesamtgesellschaftlicher Prozess funktionieren. Wir wollen uns deshalb mit gegenseitigen Schuldzuweisungen sehr zurückhalten. Es geht nicht darum, sich von anderen abzugrenzen und nicht vor allem darum, wer Schuld an der momentanen politischen Lage hat. Integration heißt, Menschen einbinden, die sozial und wirtschaftlich ausgegrenzt sind. Ohne Einzelschicksale gegeneinander aufzurechnen.

## Aus verschiedenen Bevölkerungsteilen eine Schlichtungskommission für Flüchtlingsfragen einsetzen

Um die verschiedenen Gesellschaftsgruppen wieder ins Gespräch zu bringen, die sich in der Flüchtlingsfrage teils unversöhnlich gegenüberstehen, gibt es verschiedene Ansätze. Sehr zielführend sind Aktionen wie „Deutschland spricht“, das von Zeit Online und anderen Medien initiiert wurde. Hier werden Menschen ins Gespräch gebracht, die zu bestimmten politischen Fragen konträre Ansichten vertreten. Ein anderer vielversprechender Ansatz ist es, eine Schlichtungskommission einzurichten, die sich zu gleichen Teilen aus Politiker\*innen und Nicht-Politiker\*innen aus verschiedenen Bevölkerungsmilieus zusammensetzt. Irland hat mit einer solchen Kommission sehr gute Erfahrungen bei der Debatte um die Ehe für Homosexuelle gemacht – die ähnlich emotional aufgeladen wie die Flüchtlingsdebatte ist. Ein solches Gremium wäre ausschließlich beratend tätig und hätte keine politische Entscheidungsgewalt. Es hat jedoch zum Ziel, Lösungen zu finden, die a) politisch umsetzbar erscheinen, b) in der Bevölkerung Akzeptanz finden und c) humanitären Kriterien wie der Genfer Flüchtlingskonvention oder ähnlichen Richtlinien entsprechen. Die Runde sollte sich aus Politiker\*innen und Wähler\*innen aller im Bundestag vertretenen Parteien zusammensetzen, einschließlich der AfD. Ebenso sollten Migrant\*innen und Nicht-Migrant\*innen vertreten sein, aus allen Milieus, aus allen Regionen von Deutschland. Expert\*innen für Sicherheit müssen ebenso vertreten sein wie Asylhelfer\*innen und Migrationsexpert\*innen, Vertreter\*innen von sozialen Trägern, IHK, HWK und Menschenrechtsorganisationen. Unbedingt notwendig ist es, dass zu dieser Kommission auch (anerkannte) Asylbewerber\*innen gehören. In einem solchen Gremium können auch Themen besprochen werden, die über Fragen des Asyls hinausgehen, aber nicht über die Köpfe der Asylbewerber\*innen hinweg diskutiert werden sollen: In welchem Deutschland, in welchem Europa, in welcher Welt wollen wir morgen leben? Wie gehen wir mit der weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen am besten um? Auf diese Weise können wir wieder zu einer konstruktiven Debatte zurückkehren, wo sie vielleicht verloren gegangen ist, und eine Suche nach den besten Ideen anstoßen. Die Diskussion um die Aufnahme von Asylbewerber\*innen ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ein so wichtiges Thema, dass eine solche Kommission eigentlich schon längst eingerichtet sein müsste.

## Menschenwürde als den Kern unserer Verfassung und Gesellschaft schützen

Viele Menschen befürchten, dass Migrations- und Fluchtbewegungen nach Europa europäische Gesellschaften destabilisieren. Wenn die Regierungen von Europa keine gemeinsamen Konzepte entwickeln, besteht eine solche Gefahr. Die viel größere Gefahr einer Destabilisierung ist jedoch, wenn wir allmählich unterschiedliche Standards der Menschenwürde definieren. Ein Flüchtling, der versucht über das Mittelmeer zu kommen, hat nicht weniger Menschenwürde als jemand, der seit langer Zeit in Bayern wohnt. Im Art. 1 des Grundgesetzes steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Menschenwürde ist nicht von der Landeszugehörigkeit abhängig. Allen Tendenzen, die derartiges fordern, sollten wir mit aller Vehemenz entgegenzutreten. Angriffe auf die Würde des Menschen sind Angriffe auf den Kern unserer Verfassung, auf den Kern unserer Gesellschaft.

# Herausgeberschaft

Bamberger Mahnwache Asyl

Kontakt: [es.sind.wir@gmail.com](mailto:es.sind.wir@gmail.com)

In wesentlichen Teilen geht der Text des „Masterplans der bayerischen Asylhelfer\*innen“ auf die „60 Forderungen zur Landtagswahl – für eine bayerische Asylpolitik mit Zukunft und Anstand“ zurück. Diese wurden im September 2018 veröffentlicht und von 103 Asylorganisationen in Bayern unterstützt.